

Mehr Freiheit, weniger Bürokratie!

Gemeinsame wirtschaftspolitische
Positionen des deutschen
Maschinen- und Anlagenbaus 2019



Inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Mehr Freiheit, weniger Bürokratie!
Vorwort VDMA-Präsident Carl Martin Welcker
- 4** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 6** Außenwirtschaft
- 8** Digitalisierung – Industrie 4.0
- 10** Energie und Klima
- 12** Europa
- 14** Fachkräftesicherung und Bildung
- 16** Forschung
- 18** Soziale Sicherung
- 20** Steuern
- 22** Technikpolitik
- 24** Umwelt und Nachhaltigkeit
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist der Bürokratieabbau. Explizite Forderungen dazu werden auf den Themenseiten jeweils farblich hervorgehoben.

Der VDMA im Profil

Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Mit rund 1,35 Millionen Erwerbstätigen im Inland, einer Produktion von 225 Milliarden € und einem Exportanteil von 78 % (Stand 2018) ist der deutsche Maschinen- und Anlagenbau größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland. Mit Technik für Menschen liefern wir Lösungen für die vor uns liegenden Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist Interessenvertreter, Dienstleister und Ansprechpartner für über 3.200 überwiegend mittelständisch geprägte Unternehmen und damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 36 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister, von kommunizierenden Maschinen bis zu einer sich selbst organisierenden Logistik.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national sowie auf europäischer und internationaler Ebene für seine Mitglieder ein. Er vertritt die Interessen der Maschinenbauindustrie konstruktiv und ist insgesamt dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich ab aus der Überzeugung, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte die unverzichtbare Basis darstellen für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



Mehr Freiheit, weniger Bürokratie!

Weniger Bürokratie



Weltweit nehmen protektionistische Tendenzen, bürokratische Gängelei und politische Bevormundung zu. Die Entfaltungsmöglichkeiten der Unternehmen werden dadurch weiter eingeschränkt. Das ist keineswegs nur außerhalb Europas der Fall. Auch innerhalb der EU ist die unternehmerische Freiheit – einst als wichtige Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand allgemein anerkannt – in Gefahr.

In der Neuaufgabe setzen sich die wirtschaftspolitischen Positionen des VDMA deshalb kritisch mit der Reglementierung durch Bund, Länder und EU auseinander. Das geschieht wie gewohnt sachlich, das heißt zahlen- und faktenbasiert. Die Quintessenz lautet: Oft zögert die Politik gerade dort, wo praktisches Handeln nützt, zum Beispiel beim Ausbau der digitalen Infrastruktur; und gerade da, wo Marktkräfte zu guten Ergebnissen führen, entfaltet die Politik ein Übermaß an gesetzgeberischer Aktivität, z. B. auf dem Arbeitsmarkt mit Rekordbeschäftigung, hoher Jobsicherheit und überdurchschnittlichen Löhnen. Kein Wunder also, dass wir leider nahezu durchgängig durch alle Politikbereiche eine weitere Bürokratisierung feststellen müssen.

Der VDMA erkennt an, dass die Politik vor großen Herausforderungen steht. Ein guter Teil davon fordert auch unsere Mitglieder heraus, sei es der Protektionismus, der Klimawandel, die Digitalisierung oder die Künstliche Intelligenz. Hier liegen aber auch Chancen, die wir ergreifen wollen. Betrachten Sie uns daher als Partner, der mit der Politik die anstehenden Herausforderungen meistern möchte! Um ihren Beitrag leisten zu können, brauchen die Unternehmen mehr und nicht weniger Freiraum.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Carl Martin Welcker'. The signature is fluid and cursive, written on a white background.

Carl Martin Welcker
VDMA-Präsident

Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

Daten und Fakten

- Deutschland zweitester EU-Maschinenbau-Standort:
Arbeitskosten pro Stunde (2016)¹ 43,80 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert (2016)²:
 - Maschinenbau im Durchschnitt 25,8 %
 - Maschinenbau-Fachzweige von 18,8 % bis 34,6 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2017)² 61.756 €
- Langzeitarbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung³

	2017	2005
– Deutschland	1,6 %	5,9 %
– EU (28)	3,4 %	4,0 %
- Hohe Bedeutung der Stammebelegschaft⁴:
 - Anteil geringfügig Beschäftigter im Maschinenbau unter 5 %
 - Anteil der Stellenangebote mit Befristung aus dem Maschinenbau ca. 15 %
- Zeitarbeit:
 - Rund 90 % der Maschinenbauer nutzen Zeitarbeit⁵
 - Verhältnis Zeitarbeitnehmer zu Stammebelegschaft (Zeitarbeitsquote) im Maschinenbau⁶ 5 bis 6 %
 - Seit 01.11.2012 Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 50 %
- Selbständige Werkvertragsnehmer sind im Durchschnitt höher qualifiziert, verdienen besser und haben mehr Autonomie am Arbeitsplatz als abhängig Beschäftigte⁷
- Tarifbindung der VDMA Mitgliedsunternehmen (2017)⁸:
 - Ohne Tarifbindung 64 %
 - Mit Tarifbindung 36 %
 - Davon Flächentarifvertrag 82 %
 - Davon Haustarifvertrag 15 %

¹Quelle: VDMA-Schätzung

²Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: EUROSTAT

⁴Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁵Quelle: VDMA-Umfrage

⁶Dezember 2016; Quelle: VDMA-Schätzung

⁷Quelle: IW Köln

⁸Quelle: VDMA-Umfrage

VDMA-Position: Arbeitsmärkte modernisieren

Internationale Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum und eine langfristige Beschäftigungssicherung benötigen Anpassungsfähigkeit an ein dynamisches Umfeld, eine arbeitsteilige Wertschöpfung und einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die Digitalisierung erfordert moderne Rahmenbedingungen für ein Arbeiten 4.0. Dabei müssen mehr betriebliche und individuelle Gestaltungsspielräume eröffnet werden. Pauschale gesetzliche Regelungen werden in Zukunft noch weniger die richtigen Antworten auf die neuen Herausforderungen sein können.

- **Forcierte Entbürokratisierung der rechtlichen Grundlagen (z. B. TzBfG, AÜG, ArbZG, BetrVG, Entsenderichtlinie)**
- Flexibilität des Arbeitsmarktes erhalten und ausweiten
 - Keine weitere Regulierung von befristeten Arbeitsverhältnissen
 - Reform des Kündigungsschutzes mit einer optionalen Abfindung
- ArbZG anpassen – Ruhezeiten flexibilisieren, von täglicher auf wöchentliche Höchstarbeitszeit umstellen
- Home-Office, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt müssen individuelle Lösungen sein
- Werk- und Dienstverträge als Grundlage für Wissens- und Innovationsnetzwerke in einer arbeitsteiligen Wirtschaft fördern
- Koalitionsfreiheit – kein (un-)mittelbarer Zwang zur Tarifbindung
- BetrVG überarbeiten – keine Ausweitung der Mitbestimmung, Verfahren beschleunigen
- Entscheidung und Haftung dürfen nicht auseinanderfallen
- Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
- Weiterentwicklung der M+E Flächentarifverträge
 - Größere betriebliche Gestaltungsspielräume
 - Reduzierung auf echte Mindestbedingungen
 - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
- Anpassung des Entgelt- und Sicherungssystems an späteren Ausstieg aus dem Berufsleben, behutsame Abkehr vom Senioritätsprinzip, weiterer Ausbau der „Flexi-Rente“
- Frauenförderung primär durch gezielte Qualifizierung für Führungspositionen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Außenwirtschaft

Daten und Fakten

- Ausgeprägte internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft:

	2017	2005
– Exportanteil am BIP ¹	39,0 %	37,3 %
– Importanteil am BIP ¹	31,5 %	30,7 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2016)	rund 1.094 Mrd. €	
- Deutsches Exportvolumen insgesamt (2017) 1.279 Mrd. €
- Maschinenbau (2017)²:
 - Exportvolumen 167 Mrd. €
(2016: 156 Mrd. €)
 - Exportquote³ 78,6 %
(2016: 76,4 %)
 - Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import) 98,8 Mrd. €
(2016: 92 Mrd. €)
 - Welthandelsanteile (2017)⁴:

Deutschland	16,6 %
China	13,8 %
USA	10,4 %
Japan	9,9 %
 - Deutsche Anbieter sind Weltmarktführer in 15 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus
 - Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2016) 39,0 Mrd. €
- Exportkreditgarantien des Bundes (2017)⁵:
 - Summe 16,9 Mrd. €
 - Davon 75 % für Lieferungen in Schwellen- und Entwicklungsländer
 - Jahresüberschuß 141 Mio. €

¹Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufig

²Quelle: VDMA

³Export in Prozent der Produktion

⁴Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer

⁵Quelle: Euler Hermes

VDMA-Position: Freihandel stärken

Die Wirtschaftspolitik muss sich aktiv für die Wettbewerbsfähigkeit der Investitionsgüterindustrie einsetzen – in Deutschland, in Europa und weltweit. Das steigende Auslandsengagement spiegelt das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft wider und sichert Beschäftigung im In- und Ausland. Die Vorteile der Globalisierung müssen erhalten werden und dürfen nicht durch zunehmende Handelskonflikte und politisch motivierte Restriktionen gefährdet werden.

- Bewusstsein in Politik und Zivilgesellschaft für die Bedeutung des Freihandels für Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland schaffen
- Freihandel fördern, Protektionismus konsequent bekämpfen
 - Freien Welthandel durch WTO-Reform sicherstellen
 - Aktiv Freihandelsabkommen der EU mit wichtigen Wachstumsmärkten verhandeln
 - EU-China-Investitionsabkommen mit Priorität voranbringen, um Gleichklang beim Marktzugang herzustellen
- Wettbewerbsgerechte Ausgestaltung der Exportfinanzierung
 - Vereinfachung der Hermes-Verfahren, insbesondere für kleinere Aufträge (Small Tickets)
 - Gewährleistung eines Bankangebots speziell für Small Ticket-Finanzierungen
 - OECD-Konsensus zur Sicherung des internationalen Wettbewerbs reformieren
- Reform der EU-Entsenderichtlinie zur Erleichterung von Arbeitseinsätzen in der EU
 - 10 Tage Arbeitseinsatz in anderem EU-Mitgliedstaat ohne Meldepflicht ermöglichen
 - Meldevorschriften in den EU-Mitgliedstaaten vereinheitlichen, ausufernde Bürokratie deutlich reduzieren
- Exportkontrolle verbessern
 - Rechtslage vereinfachen, insbesondere bei Embargos
 - Wirtschaft vor extra-territorialen Sanktionen schützen
- Politische Koordination der Außenwirtschaftspolitik verbessern
 - Einzelinitiativen der verschiedenen Ressorts bündeln
 - Koordination der Aktivitäten durch das BMWi

Digitalisierung – Industrie 4.0

Daten und Fakten

- Von Industrie 1.0 zu Industrie 4.0¹:
 - 1784 erster mechanischer Webstuhl (Industrie 1.0)
 - 1870 erstes Fließband (Industrie 2.0)
 - 1969 erste speicherprogrammierbare Steuerung (Industrie 3.0)
 - 2011 Cyber-physische Systeme für die vernetzten Wertschöpfungsnetzwerke (Industrie 4.0)
- Maschinen- und Anlagenbau ist sowohl Anbieter und Anwender von Digitalisierungstechnologien als auch Datenlieferant für Industrie 4.0. Die Daten der Maschinen werden erfasst, verstanden, interpretiert und in Innovation übersetzt
- Ausgangssituation für den Industriestandort Deutschland
 - Marktführerschaft im Maschinen- und Anlagenbau
 - Weltweit beachtete IT-Kompetenz
 - Innovationsführerschaft in Embedded Systems und der Automatisierungstechnik
- Dreiviertel aller befragten Maschinenbauer (N=157) sehen die Digitalisierung als zentrale strategische Priorität an²
- Mangel an IT-Fachkräften wird als größtes Hindernis gesehen²
- Digitalisierungsindex³

– Finnland (Platz 1)	69,5
– UK (Platz 4)	64,1
– USA (Platz 9)	61,8
– Deutschland (Platz 17)	44,3
– Japan (Platz 18)	44,3
– Belgien (Platz 20)	41,4
- Anteil der Haushalte, die schnelles Internet (mehr als 50 Mbit/s) nutzen können⁴

– Japan	76,2 %
– Finnland	43,4 %
– OECD-Durchschnitt	22,3 %
– Deutschland	2,1 %

¹Quelle: Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft (Hrsg.), Deutschlands Zukunft als Produktionsstandort sichern, Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt, Industrie 4.0, S. 17, 2013

²VDMA-Studie: Führung und Innovation in Zeiten der Digitalisierung, 2018

³OECD 2017

⁴OECD Breitbandstatistik 2017

VDMA-Position: Digitalisierung vorantreiben

Industrie 4.0 schafft gänzlich neue Potenziale für eine intelligente Produktion und neue Geschäftsmodelle. Nur im Schulterschluss mit Gesellschaft und Politik können die wachsenden Anforderungen an Forschung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt werden. Deutschland muss sich als Leitmarkt und -anbieter positionieren.

- Digitale Infrastruktur flächendeckend und leistungsstark ausbauen
 - Schnelles Internet, perspektivisch mind. 1 Gbit/Sek.
 - Mobile Verfügbarkeit (5G) sicherstellen
 - Symmetrische Up- und Downloadraten bereitstellen
 - Geringe Latenz bei der Datenübertragung gewährleisten
- Industrie 4.0 europäisch, besser noch global denken
 - EU-Binnenmarkt für Produkte und Fabriken ausbauen
 - Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Datenwirtschaft und Künstliche Intelligenz schaffen
- Industrie 4.0 Forschung stärken
 - Ausbau der industriellen Gemeinschaftsforschung
 - Zugang zu Forschung für den Mittelstand erleichtern
 - Transfer durch breitenwirksame Innovationsplattformen und grenzüberschreitende Testumgebungen
- Industrie 4.0 Security sicherstellen
 - Welt- und europaweite Harmonisierung von Anforderungen
 - Security in Produktentwicklung und -lebenszyklus fördern
- Digitalbürokratie vermeiden, Raum für Innovationen lassen
 - Rechtsrahmen überprüfen und mit Umsicht weiterentwickeln
 - Vertragsautonomie achten, Eigentumsrechte respektieren
- Weiterbildung und Neuqualifizierung fördern, insbesondere Softwarekompetenz ausbauen
- Normung und Standardisierung ist der Schlüssel zur Umsetzung
 - Erfolgreiches Zusammenspiel von konsensbasierter Normung und der konsortialen Standardisierung stärken
 - Existierende Normen und Standards auf Eignung prüfen
 - Neue Normen und Standards auf Praxistauglichkeit prüfen und überzogene Standardisierungsflut vermeiden

Energie und Klima

Daten und Fakten

- Anteil Kosten durch Energieverbrauch am Bruttoproduktionswert in Deutschland (2016)¹
 - Maschinenbau 0,9 %
 - Verarbeitendes Gewerbe 1,6 %
 - Herstellung von Chemischen Erzeugnissen 3,2 %
- Anteile der Energieträger an der Bruttostromerzeugung (654,8 TWh; -30,4 TWh ggü. Vj.) in Deutschland (2017)²
 - Braunkohle 22,5 %
 - Steinkohle 14,1 %
 - Kernenergie 11,7 %
 - Erdgas 13,2 %
 - Windenergie 16,3 %
 - Biomasse 6,9 %
 - Photovoltaik 6,1 %
 - Wasserkraft 3,1 %
 - Sonstige 6,1 %
- Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Stromverbrauch in Deutschland (2017)² 33,3 %
(+4,3 pp ggü. Vj.)
- Strompreise (kW/h) für die Industrie, 1. Halbjahr 2018³
 - Frankreich 0,11 €
 - EU (28) 0,13 €
 - Italien 0,16 €
 - Deutschland 0,19 €
- EEG-Differenzkosten (2018)⁴ 25,6 Mrd. € (+4,5 % ggü. Vj.)
- EEG-Umlage (kW/h) (2018)⁴ 6,79 Cent (-1,3 % ggü. Vj.)
- Emissionspreise (tCO₂e), September 2018⁵
 - Frankreich (erg. CO₂-Steuer) 51,96 USD
 - Deutschland und EU (via EU ETS) 24,51 USD
 - Großbritannien (erg. CO₂-Steuer) 23,41 USD

¹Quelle: Statistisches Bundesamt

²Quelle: BMWi

³Quelle: Eurostat, monatliche Bruttostromkosten von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch

⁴Quelle: BMWi, Prognose

⁵Quelle: Weltbank

VDMA-Position: Klimaschutz gestalten

Der Maschinen- und Anlagenbau ist weltweit Anbieter für nachhaltige Technologien. Er ist aber auch Anwender solcher Lösungen und trägt daher die Systemkosten mit. Wir bekennen uns zum Pariser Abkommen sowie den Zielen der Energiewende in Europa und Deutschland, für dessen Umsetzung es weitreichende Systemveränderungen braucht. Langfristig muss Energie- und Klimapolitik global gestaltet werden und sich ökonomisch rechnen. Dafür braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen. Marktwirtschaftliche Instrumente müssen dabei Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen haben.

- Rückkehr Deutschlands auf den Zielpfad der Klimaziele und dies mit volkswirtschaftlicher Leistbarkeit in Einklang bringen; 2030er und 2050er Ziele verbindlich, planbar und nachhaltig im europäischen Rahmen erreichen
- Emissionshandelsreform auf europäischer Ebene umsetzen
 - Lenkungswirkung der Zertifikatspreise regelmäßig prüfen
 - ETS kompatible Treibhausgasbepreisung auf internationaler Ebene anstreben, keine deutschen Alleingänge
- Von der Stromwende zur Energiewende – technologieutral, energieeffizient, sektorübergreifend und digital
 - **Ökonomisch tragfähigen und in sich schlüssigen rechtlichen und unbürokratischen Rahmen entwickeln**
 - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
 - Fairer Wettbewerb für umweltfreundliche Technologien
- Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
- Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa erhalten
- Energieversorgung marktwirtschaftlich, klimafreundlich und zukunftsfähig gestalten
 - Ausbaupfade der erneuerbaren Energien konsequent weiterverfolgen, mit Sektorkopplung und Netzausbau abstimmen
 - Bestehenden Kraftwerkspark durch Flexibilisierung und treibhausgasneutrale Brennstoffe zukunftsfähig machen
- Energieeffizienz als zentraler Bestandteil der Energiewende; aufkommens- und technologie neutrale Investitionsanreize als Basis unternehmerischer Entscheidung setzen

Daten und Fakten

- Deutscher Anteil am Maschinenbau-Umsatz der EU 28¹ 40 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 28² 78,7 Mrd. €
 - Frankreich 11,0 Mrd. €
 - Vereinigtes Königreich 7,3 Mrd. €
 - Italien 7,6 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 28³ 12,6 Mrd. €
- Handelsverflechtung der EU mit Großbritannien⁴
 - Exporte EU nach Großbritannien 320,5 Mrd. €
darunter Maschinen 21,3 Mrd. €
 - Importe EU aus Großbritannien 196,7 Mrd. €
darunter Maschinen 11,8 Mrd. €
- Verteidigungsausgaben in der EU pro Jahr⁵
 - Einzelstaaten 227 Mrd. €
 - Europäischer Verteidigungsfonds (ab 2020) 5,5 Mrd. €
- Staatsverschuldung von EU-Ländern⁶
 - Europäische Union (28) 81,6 %
 - Euroraum (19) 86,8 %
 - Niederlande 57,0 %
 - Deutschland 63,9 %
 - Frankreich 98,5 %
 - Italien 131,2 %
- Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung von derzeit 15 % bis 2020 auf 20 % zu erhöhen
- 74 % der Europäer glauben, dass die EU zu viel Bürokratie schafft⁷
- Bürokratiekosten für den deutschen Maschinen- und Anlagebau durch EU-Entsende- und Durchsetzungsrichtlinie (205.000 Entsendungen)⁸ 51 Mio. €

¹ 2017; Quelle: EUROSTAT, VDMA-Schätzung

² 2017; Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

³ 2016; Quelle: Deutsche Bundesbank

⁴ 2017; Quelle: EU Kommission, Statistisches Bundesamt, VDMA

⁵ Quelle: NATO, Munich Security Report

⁶ 2017; Anteil am BIP; Quelle: EUROSTAT

⁷ Quelle: EU Kommission

⁸ Quelle: VDMA

VDMA-Position: Europa stärken

Der europäische Maschinenbau hat wie kaum eine andere Industrie von den Errungenschaften der europäischen Integration profitiert. Der in vielen Ländern aufkommende Nationalismus bringt das europäische Projekt jedoch in Gefahr. Grenzen in Europa werden wieder errichtet und sogar selbstverständliche Vorteile des EU-Binnenmarkts, wie Freizügigkeit von Gütern, Personen und Dienstleistungen, werden schrittweise wieder abgebaut. Durch dringend notwendige Reformen der EU muss diesen Tendenzen entgegen gewirkt werden. Denn nur so können wir gegenüber anderen global agierenden Machtzentren politisch und wirtschaftlich bestehen. Die nächste EU-Kommission muss die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und den Bürokratieabbau zu ihrer Priorität machen.

- EU-Reform voranbringen – Europa handlungsfähig machen
 - Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definieren, Transparenz erhöhen
 - Zuständigkeiten der EU nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ordnen und adäquat finanzieren
 - Verteidigungspolitik, innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik europäisieren; Arbeitsmarkt und Sozialpolitik national ausgestalten
 - EU demokratisieren, Einstimmigkeitserfordernis abschaffen
- Voraussetzung für gemeinsame europäische Finanz- und Steuerpolitik sind effiziente Systeme auf nationaler Ebene
- Brexit – Handelsvertrag mit Vereinigtem Königreich gestalten
 - Zölle bilateral vermeiden, Zollbürokratie minimieren
 - Technische Gesetzgebung durch regulatorische Zusammenarbeit
 - Keine Einschränkungen bei Entsendung von Arbeitskräften
- Eurozone reformieren und stabilisieren – keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene
- Bürokratie für Unternehmen durch EU-Gesetzgebung reduzieren
 - Melde- und Dokumentationspflichten bei Entsendung von Fachpersonal in Europa abbauen
 - Ausnahmslos konsequente Rechtsfolgenabschätzung
 - Schaffung eines unabhängigen Normenkontrollgremiums

Fachkräftesicherung und Bildung

Fachkräftesicherung

Daten und Fakten

- Maschinenbau ist einer der größten Arbeitgeber für Ingenieure
 - Über 191.000 Ingenieure, davon 8,5 % Ingenieurinnen¹
 - Anteil der Ingenieure an den Beschäftigten im Maschinenbau insgesamt¹ 16,7 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Universitäten (Hochschulen für angewandte Wissenschaften)²
 - Maschinenbau 31 % (32 %)
 - Elektrotechnik 45 % (42 %)
 - Informatik 45 % (41 %)
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung³
 - Ausbildungsquote Maschinenbau (2017) 6,1 %
 - Ausbildungsquote Verarbeitendes Gewerbe (2017) 5,0 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2016) 40,4 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Verarb. Gewerbe (2016) 32,2 %
- Engpässe bei der Gewinnung von Fachkräften
 - Durchschnittliche Vakanzzeit von 144 Tagen (+9 Tage ggü. Vj.) von offenen Stellen im Bereich Mechatronik/Automatisierungstechnik⁴
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
 - Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (2017)⁵ 6,3 %
 - Rund 290.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung⁵
 - 2016 studierten 245.000 Ausländer in Deutschland, 6,9 % aller Auslandsstudenten in der OECD⁶
 - Anteil ausländischer Studierender in den Ingenieurwissenschaften im Wintersemester 2017/2018⁵ 18,2 %

¹Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2016

²2017; Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung

³jeweils 31.12.; Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB

⁴Juni 2017; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁵Quelle: Statistisches Bundesamt

⁶Quelle: OECD

VDMA-Position: Fachkräfte sichern

Qualifizierte Mitarbeiter sind ein entscheidender Faktor für den Erfolg des Maschinen- und Anlagenbaus. Durch die Digitalisierung wird der bestehende Trend zur Höherqualifizierung weiter zunehmen. Schon heute fehlt es regional an qualifiziertem Nachwuchs bei Ingenieuren und Facharbeitern. Abbruchquoten im Studium müssen reduziert, mehr Frauen für technische Berufe gewonnen und weitere Potenziale im Inland erschlossen werden. Flüchtlinge müssen qualifiziert und geeignete Zuwanderer gewonnen werden.

- Allgemeine schulische Bildung
 - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
 - Technik-, IKT-Kompetenzen und Berufsorientierung stärken
- Berufliche Bildung
 - Duale Ausbildung stärken
 - **Bürokratie abbauen – Schulen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen**
 - Berufsstand der Facharbeiter wertschätzen
 - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Studium
 - Qualität der Lehre verbessern und Abbruchquoten ohne Qualitätsverlust reduzieren
 - IKT-Kompetenzen (Industrie 4.0) steigern
 - Praxisbezug stärken
- Weiterbildung
 - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
 - Berufsschullehrkräfte und Ausbilder qualifizieren
- Inländische Beschäftigungspotenziale
 - Mehr junge Leute zum Schulabschluss führen
 - Mehr Ganztags- und Betreuungsangebote
 - Qualifizierte ältere Mitarbeiter länger beschäftigen
- Qualifizierte Zuwanderung/Flüchtlinge
 - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschlands erhöhen
 - Asylsuchende mit Bleiberecht qualifizieren und ihnen den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen

Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland¹ 78,2 %
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für FuE 2016¹ 63 Mrd. €
 - Anteil des Maschinenbaus davon 9,0 %
- Zuwachs des FuE-Personals im Maschinenbau zwischen 2011 und 2016¹ 8,9 %
- Eigenfinanzierungsanteil der gesamten FuE-Aufwendungen 2015¹ (Staatsanteil)
 - Maschinenbau 95,1 % (2,1 %)
 - Wirtschaft insgesamt 89,3 % (3,3 %)
- Hohe Innovationskraft und technische Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus
 - Anzahl der beschäftigten Ingenieure² 191.000
 - Innovation ist Forschung, Entwicklung und Konstruktion: 48 % der Ingenieure arbeiten in diesem Bereich²
 - Innovationsaufwendungen des Maschinenbaus (2016)³ 15,4 Mrd. € (6,2 % vom Umsatz)
 - Anteil Unternehmen mit Innovationen (2016)³ 50,5 %
 - Branchenumsatzes mit Produktneuheiten (2016)³ 20,3 %
- 70 % der VDMA-Mitglieder sind von Produkt- oder Markenpiraterie betroffen. Der geschätzte Schaden für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau beträgt 7,3 Mrd. Euro jährlich⁴
- Rund 600 vertraglich gebundene Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (2004 – 2013)⁵
 - Deutschland 24 %
 - USA 19 %
 - Japan 18 %

¹Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

²Quelle: VDMA Ingenieurhebung 2016

³Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

⁴Quelle: VDMA Studie Produktpiraterie 2016

⁵Quelle: EUROSTAT, 2016

VDMA-Position: Forschung fördern

Forschung liegt im ureigenen Interesse der Unternehmen und sichert Wohlstand sowie Arbeitsplätze in Deutschland und Europa. Die Politik sollte sie deshalb mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen unterstützen, jedoch nicht lenkend eingreifen. Der Maschinen- und Anlagenbau ist die Schlüsselindustrie für das Bewältigen der großen Herausforderungen unserer Zeit wie Industrie 4.0, Mobilität von morgen, Klimaschutz und Ressourceneffizienz. Hierzu werden neueste Technologien aus der Sensorik, Elektronik, der Industrial IT und der Künstlichen Intelligenz integriert und zur Anwendung gebracht.

- Zugang von Midrange Companies zu Fördermaßnahmen in Deutschland und der EU verbessern
- Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, die allen Unternehmen offensteht; im Falle einer Einstiegslösung mindestens unter Einbezug von Midrange Companies
- Nachhaltiger finanzieller Ausbau der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) des Bundeswirtschaftsministeriums auf 300 Mio. Euro
- Stärkung der Forschung für eine intelligente Produktion und Einbindung der Industrie in die Programmplanung
- Anpassung der Förderverfahren an die heutigen Anforderungen von agilen und verkürzten FuE-Prozessen
- Effizienter Ergebnistransfer insbesondere zu KMU und Midrange Companies durch Innovationsplattformen
- Unternehmensfreundliche Gestaltung der europäischen Forschungsförderung im 9. Rahmenprogramm „Horizont Europa“, vor allem durch zügige, schlanke Antragsverfahren und passende Themensetzung
- Stärkung der gewerblichen Schutzrechte durch verbesserte administrative und judikative Rahmenbedingungen (Personal Ausstattung, Geschwindigkeit der Verfahren etc.), Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage

Soziale Sicherung

Daten und Fakten

- Anstieg der Sozialausgaben¹

	2017	2016	2006
– Insgesamt (Mrd. €)	965	918	666
– Je Einwohner (€)	11.700	11.181	8.086
– Anteil am BIP (%)	29,6	29,3	27,8
- Lohnzusatzkosten:

Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung (2018) ²	39,75 %
--	---------
- Bundeszuschuss zur Rentenversicherung insgesamt (2017)³:

– Absolut (Mrd. €)	67,8
– Anteil an gesamten Renteneinnahmen	23,1 %
- (Erwarteter) Altersquotient⁴:

– 2020	37
– 2040	54
– 2060	60
- Durchschnittliches Rentenzugangsalter in Deutschland (2017)³

– Insgesamt	61,9 Jahre
– Altersrenten	64,1 Jahre
– Durchschnittliche Rentenbezugsdauer (2017) ³	21,7 Jahre
- Leistungsausgaben je Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung in €⁵

– 2017	3.016
– 2006	1.970
- Leistungsausgaben in der sozialen Pflegeversicherung in Mrd. €⁵

– 2017	35,5
– 2006	17,1

¹ 2017 geschätzt; Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt

² erwarteter Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil in Prozent des beitragspflichtigen Entgelts; Stand 12/2017

³ Quelle: Deutsche Rentenversicherung

⁴ Quelle: Statistisches Bundesamt, 65-Jährige und Ältere in Prozent der Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen

⁵ Quelle: BMG

VDMA-Position: Eigenverantwortung stärken

Effiziente Sozialversicherungssysteme sind nicht nur Voraussetzung für wettbewerbsfähige Lohnzusatzkosten, sondern auch einer wirtschaftlichen Mittelverwendung. Das sorgt für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Absicherung existenzieller Lebensrisiken. Statt mit einer pauschalen Umverteilungspolitik die künftigen Generationen weiter zu belasten, müssen die Eigenverantwortung gestärkt und die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig und grundlegend reformiert werden.

- Sozialkassen nicht zweckentfremden für Aufgaben der allgemeinen staatlichen Fürsorge; Sozialausgleich im Steuer- und Transfersystem
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit
- E-Government einführen, Verwaltungsaufwand reduzieren
- Reform der Rentenversicherung
 - Stabilisierung der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung unter Wahrung bereits erworbener Anwartschaften
 - Renteneintrittsalter flexibilisieren; Anreize für freiwilligen späteren Renteneintritt setzen
 - Frühverrentung begrenzen, versicherungsmathematisch korrekte Ab- und Zuschläge bei abweichendem Renteneintritt
 - Ermutigung zu kapitalgedeckter Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
- Reform der Krankenversicherung
 - Wettbewerb zwischen den Kassen, keine Bürgerversicherung
 - Entkoppelung von Arbeitsverhältnis und Versicherung – GKV-Beiträge in Form einer Bürgerpauschale
 - Missbrauch von Krankenkassen begrenzen, bessere Anreize für kostenbewusstes Verhalten der Patienten durch Leistungstransparenz und Selbstbeteiligung
- Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten
 - Beachtung des Lohnabstandsgebots
 - Anreize zur Arbeitsaufnahme durch bessere Zuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II

Daten und Fakten

	2018 ¹	2008	1998
• Staatsquote ²	43,8 %	43,7 %	48,3 %
• Abgabenquote ²	39,7 %	39,6 %	42,3 %
• Steuerquote ²	23,9 %	24,3 %	23,1 %
• Schuldenstandsquote ²	59,9 %	65,9 %	59,4 %
• Zinssteuerquote ³	3,9 %	11,3 %	15,5 %
• Die Nettoumsatzrendite (Jahresergebnis in % der Gesamtleistung) lag 2015 im Maschinenbau bei 4,0 % ⁴ .			
• Gewerbesteuer ⁵			
– Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz			
– Weniger als 10 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens			
• Steuer- und Abgabenlast eines mittelständischen Unternehmens im Jahr 2016 (Anteil vom Gewinn) ⁶			
– Deutschland			48,9 %
– Welt			40,5 %
• Ertragsteuerbelastung einer Kapitalgesellschaft im Jahr 2017 ⁶			
– Deutschland			31,7 %
– OECD-Durchschnitt			24,7 %
• Zeit, die ein mittelgroßes Unternehmen mindestens dafür aufwendet, seine Steuerschuld zu berechnen, Steuererklärungen anzufertigen und Steuern abzuführen ⁷			
– Deutschland			218 Stunden
– Großbritannien			110 Stunden
– Frankreich			139 Stunden
– USA			175 Stunden

¹ Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

² im Verhältnis zum BIP in jeweiligen Preisen; Quelle: Sachverständigenrat

³ Quelle: Sachverständigenrat, Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen

⁴ Quelle: Deutsche Bundesbank

⁵ Quelle: BDI/VCI

⁶ Quelle: BDI/OECD

⁷ Quelle: Paying Taxes 2018, PWC/Weltbank

VDMA-Position: Steuern senken

In Deutschland wird seit Jahren nur zurückhaltend investiert. Die zunehmende digitale Durchdringung der Produkte und Prozesse verstärkt das Problem zusätzlich – Deutschland riskiert seine gute Wettbewerbsposition. Das Steuerrecht muss mit international konkurrenzfähigen Steuersätzen, einem systematischen, einfachen Steuerrecht, schnelleren Abschreibungsmöglichkeiten sowie einer steuerlichen Forschungsförderung einen Beitrag für mehr private Investitionen und damit für mehr Wachstum leisten.

- Senkung der Ertragsteuerbelastung auf max. 25%; mögliche Maßnahmen auch in Kombination:
 - Ausnahmslose Abschaffung des Solidaritätszuschlags
 - Abzug der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe
 - Anrechnung der Gewerbesteuer auch auf die Körperschaftsteuer und Erhöhung des Anrechnungsfaktors
 - Rückführung ertragsunabhängiger Hinzurechnungen in der Gewerbesteuer
 - Senkung des Thesaurierungssatzes des § 34a EStG und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung
- Stärkung von Investitionen und Innovationen
 - Unbefristete Wiedereinführung der 25%igen degressiven Abschreibung auf Anlageinvestitionen
 - Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle Unternehmen
- Steuerstrukturreform verwirklichen, Steuerbürokratie abbauen
 - Faire Regelungen für international tätige Unternehmen zur Eindämmung von Gewinnverlagerungen (BEPS Aktionsplan)
 - Mehr Transparenz bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen und Ausrichtung an der Freistellungsmethode
 - Marktgerechte Verzinsung von Steuerforderungen und Pensionsrückstellungen
 - Meldepflichten für Steuergestaltungsmodelle nicht über die EU-Vorgaben hinaus umsetzen
- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Angemessene Verlustverrechnungsmöglichkeiten

Daten und Fakten

- Marktüberwachung
 - Von den 369 Verbraucherschutz-Schnellwarnungen (RAPEX) des Jahres 2016, die sich auf Produkte aus Deutschland bezogen, betrafen sechs Maschinen für Gewerbe und Verbraucher
- Technische Handelshemmnisse
 - Relevant für jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)
 - Marktvolumen dieser Lieferungen allein im Maschinenbau in Deutschland 89 Mrd. € (2017)
- „New Legislative Framework“ (NLF)
 - Umfasst ca. 30 Rechtsvorschriften für die CE-Kennzeichnung
 - Ca. 20 der bestehenden Rechtsvorschriften wurden bereits an den NLF angeglichen
- Konformitätsbewertungsverfahren durch den Hersteller
 - 95 % der Hersteller im Maschinenbau führen das Konformitätsbewertungsverfahren zum Nachweis der gesetzlichen Anforderungen selbst durch (Selbsterklärung)
- Normung als strategisches Element für eine starke Weltmarktstellung des Maschinenbaus
 - Trägerschaft der DIN-Normenausschüsse Maschinenbau (NAM) und Werkzeugmaschinen (NWM) mit ca. 3.500 nationalen und internationalen Normen, über 200 Gremien mit ca. 2.500 Experten
 - Ausrichtung auf die speziellen Bedürfnisse des mittelständischen Maschinenbaus (Anteil KMU 85 %)
 - Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarkts: Verantwortung für mehr als 770 harmonisierte Normen zur EG-Maschinenrichtlinie
 - Erstellung von technischen Spezifikationen des Maschinenbaus (über 250 VDMA-Einheitsblätter)

VDMA-Position: Rechtsrahmen harmonisieren

Die Gesetzgebung zur Produktsicherheit bestimmt wesentlich die Zugangsbedingungen auf den Investitionsgütermärkten – in Europa und weltweit. Diese Gesetze müssen schlank, praxistauglich und innovationsfreundlich sein. Der EU-„New Legislative Framework“ ist ein Erfolgsmodell, das auch international genutzt werden sollte.

- Freier Warenverkehr durch einheitliche Anwendung und Vollzug der Binnenmarktvorschriften im Europäischen Wirtschaftsraum
- Fairer Wettbewerb und Marktüberwachung
 - Stärkung und europaweite Harmonisierung der staatlichen Marktüberwachung
 - Beibehaltung und Verstärkung physischer Kontrollen der Produkte statt einer Konzentration auf die Prüfung von Unterlagen
 - Keine Pflicht zum Einstellen von Herstellerunterlagen in eine Datenbank
- Keine Drittzertifizierung als Ersatz für Marktüberwachung
- Marktgerechte und wettbewerbsfördernde Gesetzgebung und Normung auf europäischer und internationaler Ebene zur Vermeidung einer Zersplitterung der Märkte
 - Stärkung der Eigenverantwortung der Unternehmen
 - Transparente und einheitliche Regeln für internationalen Handel und Verzicht auf abweichende nationale Bestimmungen
- „New Legislative Framework“ in Europa stärken und als internationales Vorbild vorantreiben
- Anwendung der bewährten Prinzipien des „New Legislative Framework“ auf Produktsicherheit und Arbeitsschutz
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Harmonisierung von Marktzugangsbedingungen
 - Praxisnahe und innovationsfreundliche Norminhalte
 - Normung als marktkonformes Instrument der Selbstkoordinierung der Wirtschaft erhalten, keine staatliche Einflußnahme auf Normungsprozesse
- Stopp der Zertifizierungsflut, keine weiteren Zertifizierungsgrundlagen, auch nicht durch Managementsystemnormen

Umwelt und Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit

Daten und Fakten

- Ressourceneffizienz
 - Technische Aufrüstbarkeit, hohe Reparaturfähigkeit
 - Recyclingrate von Spezialmetallen in industriellen Anwendungen zwischen 40 und 90 %¹
 - Industriepumpen zwischen 90-98 % recycelbar²
- Umwelttechnik^{3,4}
 - Umweltschutzbezogene Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe (2016): 57,3 Mrd. €, darunter Maschinenbau 26,7 Mrd. €
 - Gesamtvolumen der Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe (2016): 8,4 Mrd. €
 - Anstieg der Unternehmen mit Investitionen für den Umweltschutz um 1,4 % von 9.762 (2015) auf 9.901 (2016)
 - 251.222 Beschäftigte arbeiteten 2016 für den Umweltschutz, darunter 28 % im Maschinenbau
- Regelsetzung
 - 12 länderspezifische Chemikalienverzeichnisse weltweit (2018)
 - 191 besonders besorgniserregende Stoffe auf der SVHC-Kandidatenliste, Tendenz steigend⁵
 - 14 außereuropäische Regelungen zu Stoffbeschränkungen in Elektrogeräten (2018)
 - Zunehmend nationale Registrierungspflichten (Batterien, Elektrogeräte, Verpackungen, Verdunstungskühlanlagen usw.)
 - Deutschlandweit 12.200 Unternehmen mit ISO 14.001-Zertifikat (2017), zum Vergleich EMAS-Zertifikate 1.250, darunter 38 im Maschinenbau⁶

¹Quelle: International Resource Panel

²Quelle: Wilo

³Quelle: Destatis, Fachserie 19, Reihe 3.1

⁴Quelle: Destatis, Fachserie 19 Reihe 3.3

⁵Quelle: ECHA

⁶Quelle: ISO Survey, DIHK

VDMA-Position: Umweltmaßnahmen austarieren

Gute Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik findet die Balance zwischen ökologisch-, ökonomisch- und sozialverträglichen Maßnahmen. So werden die größten Hebel für wirksamen Umweltschutz und nachhaltiges Handeln bei geringst möglichem Eingriff in den Markt identifiziert. Richtschnur ist die Effektivität des politischen Ansatzes, der zugleich Innovation, Technologieviefalt und Wettbewerb fördert.

- Global
 - Weltweite Harmonisierung der Stoffverbote/-beschränkung in Elektro- und Elektronikprodukten (Beispiel „RoHS“)
 - Abschaffung handelshemmender (produktbezogener) Umweltregularien und -labels (Beispiel „CalProp65“)
- EU
 - Konsequente 1:1 Umsetzung von EU-Vorgaben, keine nationalen Sonderwege (Beispiel mittelgroße Feuerungsanlagen „MCP-Richtlinie“)
 - Ökodesign-Richtlinie als ein zentrales Instrument für mehr Energie- und Ressourceneffizienz
 - Keine neuen verpflichtenden Datenbanken für jegliche Umweltinformationen (z. B. Energieeffizienzkennzeichen)
 - **Beschränkung der Rückverfolgbarkeit von Daten in der Kreislaufwirtschaft. Diese haben sich am Nutzen für das Recycling und der Bürokratievermeidung zu orientieren**
- National
 - Vereinheitlichung des Vollzugs bei bundesweit gültigen Regelungen (Beispiel „AwSV“)
 - Keine Abwälzung staatlicher Aufgaben auf Unternehmen (Beispiel „Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“; NAP-Beschwerdemechanismen)
 - **Keine Überforderung mittelständischer Unternehmen mit Dokumentations- und Berichtspflichten (Beispiel „42. BImSchV“): Bürokratieabbau statt -aufbau**
 - Gleichbehandlung von EMAS und ISO 14001 bei Verwaltungs-erleichterungen für Betriebe mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen

Zukunftsfähiger Staat

Daten und Fakten

- Deutsche Subvention nahe Rekordniveau¹
 - Subventionsvolumen (2017) 118 Mrd. €
 - In Relation zum Bruttoinlandsprodukt 3,6 %
 - Pro Einwohner 1.435 €
- Starke Selektivität der Finanzhilfen¹:
 - Über 55 % aller Subventionen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren oder Branchen
 - 89 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur vier Sektoren², 69 % allein auf den Sektor Verkehr
- Bürokratiekosten der Wirtschaft³:
 - Erfüllungsaufwand ist seit 2011, dem Beginn der Erfassung, um 8,8 Mrd. € gestiegen, vor allem durch Einführung des Mindestlohns; den Hauptanteil (90 %) trägt die Wirtschaft
- Staatsquote (2018)⁴: 43,8 %
- Umverteiler Staat:
 - Sozialleistungen pro Kopf (2017) 11.700 €
 - Anteil geleisteter Transfers an den Staatsausgaben 59 %
- Staatsverschuldung (2018)⁵ rund 2,0 Bil. € (59,9 % BIP)
 - Zinslast des Bundes (2018)⁵ 4,8 % der Steuereinnahmen
- Bildungsausgaben in Prozent des BIP⁶:
 - Deutschland 4,3 %
 - OECD 5,2 %
- Schrumpfendes produktives Vermögen des Staates:
Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre übersteigen die jährlichen Abschreibungen die Bruttoinvestitionen.
 - Anteil öffentliche Bruttoinvestitionen am BIP (2017)⁷ 2,24 % (73,2 Mrd. €)

¹Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts

²Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Bergbau, Verkehr, Wohnungsvermietung

³Stand Juli 2018; Quelle: Normenkontrollrat

⁴Quelle: Sachverständigenrat, Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

⁵Quelle: Sachverständigenrat

⁶2017; Quelle: OECD

⁷Quelle: Statistisches Bundesamt

VDMA-Position: Marktkräften vertrauen

Der Staat muss seine Kompetenzen, aber auch deren Grenzen kennen. Markt und Wettbewerb sind die besten Ratgeber für gute Politik. Gute Wirtschaftspolitik setzt auf die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen und ein wachstumsfreundliches Umfeld, damit die Unternehmen sich eigenverantwortlich im Wettbewerb um die besten Lösungen bewähren können. Bund, Länder und Kommunen müssen solide und effizient wirtschaften und sich als Dienstleister für Bürger und Wirtschaft verstehen.

- **E-Government voranbringen, Verwaltungsservices bündeln**
- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau
 - Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen
 - Subventionen nur in Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet; laufende öffentliche Erfolgskontrolle
 - Subventionen transparent machen, benachteiligten Unternehmen Recht zur Konkurrentenschutzklage einräumen
- **Wachstumsbremsen lösen durch konsequenten Bürokratieabbau, Stärkung der Rolle des Normenkontrollrats**
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
 - Eindämmung der Staatsverschuldung
 - Begrenzung der Staatstätigkeit, Deckelung der Staatsquote perspektivisch auf maximal 40 % des BIP
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
 - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
 - Sicherung des Substanzerhalts und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Verkehrswege, Digitalisierung, Bildung)
- Effiziente Produktion der vom Staat bereitgestellten Leistungen
 - Vorrang für Wettbewerb und für private Leistungserstellung
 - Systematische Erschließung von Effizienzreserven
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen
- **Evaluation von Gesetzen bzgl. bürokratischem Erfüllungsaufwand**
- Entscheidungsprozesse bereits im Vorfeld von Großprojekten partizipativ ausgestalten, auch zum Zweck einer deutlichen Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern

Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere unter anderem zu Energie-, Europa-, Forschungs- oder Umweltpolitik finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter <http://wirtschaftspolitik.vdma.org/>

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin.

Ihr Ansprechpartner dort ist:

Andreas Rade

Telefon +49 30 306946-16

E-Mail andreas.rade@vdma.org

Für inhaltliche Fragen stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung im Competence Center Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen:

Dr. Johannes Gernandt

Telefon +49 69 6603-1829

E-Mail johannes.gernandt@vdma.org

in der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik:

Dr. Ralph Wiechers

Arne Kollat

Telefon +49 69 6603-1195

E-Mail arne.kollat@vdma.org

Frankfurt am Main, im Januar 2019

VDMA

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Fax +49 69 6603-1511

Internet www.vdma.org

www.twitter.com/vdmaonline

www.facebook.com/vdmaonline

VDMA Hauptstadtbüro

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

Fax +49 30 306946-20

E-Mail berlin@vdma.org

VDMA European Office

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

Fax +32 27 06 82 10

E-Mail european.office@vdma.org

Internet www.vdma.org/europa

www.vdma.org